

TOP 1: Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von Lieferengpässen von Medikamenten

- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie -

Beschluss:

1. Der Ministerrat beschließt, den Antrag „Entschließung des Bundesrates zur Vermeidung von Lieferengpässen von Medikamenten“ beim Bundesrat einzubringen.
2. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie erhält gemeinsam mit der Staatskanzlei im Hinblick auf das weitere Verfahren Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Die Arzneimittelversorgung und -qualität in Deutschland ist im internationalen Vergleich zwar noch immer relativ gut, gleichwohl treten seit einiger Zeit auch hierzulande vermehrt Meldungen über Lieferengpässe von Arzneimitteln auf.

Auch wenn nicht jeder Lieferengpass zu einem Versorgungsengpass führt (häufig sind alternative, gleichwertige Arzneimittel verfügbar), ist offensichtlich, dass die von der Bundesregierung bisher ergriffenen gesetzlichen Maßnahmen gegen Lieferengpässe nicht ausreichen.

Mit dieser Entschließung soll zunächst die notwendige Analyse der Ursachen und Hintergründe der einzelnen Meldungen von Lieferengpässen initiiert werden, um anschließend auf Bundesebene gezielt gesetzgeberische Maßnahmen zur Vermeidung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln erarbeiten zu können.